

Drucken
Plätze sind restlos belegt

Steter Flüchtlingsstrom überfordert Kommunen: NRW-Städte stehen vor dem Kollaps

Sonntag, 26.07.2015, 14:42 · von FOCUS-Korrespondent [Frank Lehmkuhl](#)



dpa/Armin Weigel Ein Beamter der Bundespolizei Namen von Flüchtlingen auf.

Morgens meldet sich in einer Gemeinde per Telefon überraschend die Bezirksregierung, abends kommen schon Flüchtlinge in den Ort: Städte in NRW drohen unter dem Andrang zu kollabieren. An Rhein und Ruhr sind die Probleme in diesem Jahr so groß wie nirgendwo sonst in Deutschland.

Es passiert in diesen Tagen in Krefeld, es passiert in Witten oder in Bergisch-Gladbach. Morgens ruft ein Vertreter der zuständigen Bezirksregierung im Rathaus an, und dann brechen Hektik und Chaos aus. Denn nach dem Telefonat müssen die Städte spontan bis zum Abend Schlafgelegenheiten für 100 oder mehr Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Bevor es dunkel wird, kommt der erste Bus mit manchmal völlig ausgehungerten, ausgezehrten und übermüdeten Menschen an.

„Mit einem Vorlauf von weniger als 36 Stunden muten Sie unserer Kommune die Bereitschaft humanitärer und wirtschaftlicher Hilfen in einer Zeit zu, in der sich zudem aufgrund der Schulferien zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die wir für die organisatorische Abwicklung einer solchen Aufgabe benötigen, in Urlaub befinden“, beschwerte sich jetzt Bergisch-Gladbachs Bürgermeister Lutz Urbach in einem Schreiben an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD).

System steht vor dem Kollaps

Deutschlands Städte ächzen unter der Zuwanderung, aber besonders dramatisch ist die Lage an Rhein und Ruhr – in einem Bundesland mit 18 Millionen Menschen und chronisch klammen Kommunen. 77.000 Flüchtlinge sind seit Beginn des Jahres nach den Worten von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) in Aachen, Düsseldorf oder Bielefeld angekommen. „Das konnte niemand voraussehen“, so Jäger.

Viele dieser Menschen stammen aus Bürgerkriegsgebieten in Syrien oder dem Irak und aus afrikanischen Staaten wie Somalia. Rund 40 Prozent kommen allerdings auch aus Balkan-Ländern und haben damit aufgrund nicht existierender politischer Verfolgung im Grunde keine Möglichkeit, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Aber auch diese Menschen müssen für Wochen oder Monate hierzulande essen, trinken, schlafen, betreut werden. Das System steht vor dem Kollaps.

Fünf zentrale Erstaufnahme-Einrichtungen gibt es mittlerweile in Nordrhein-Westfalen: in Dortmund, Bielefeld, Unna-Massen, Burbach und Bad-Berleburg. In diesen Häusern, in denen bis zu 500 Plätze vorgehalten werden, sollen die Zuwanderer allerdings nicht lange bleiben, sondern möglichst schnell auf die Städte und Kommunen verteilt werden.

Und exakt an dieser Weggabelung taucht das größte Problem auf: Die Kommunen haben zwar rund 60 Einrichtungen mit über 17.000 Plätzen geschaffen. Davon seien aber laut CDU-Opposition aktuell nur etwa 10.000 Plätze regulär nutzbar – beispielsweise weil acht Notunterkünfte wegen Windpocken geschlossen sind. Deshalb sind nicht nur für André Kuper, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, „die Kapazitäten längst erreicht beziehungsweise überschritten“.

Die Alternative ist die Obdachlosigkeit

FOCUS Online hat sich in Städten und Kommunen umgeschaut und kann diese Einschätzung durchaus bestätigen. „Die Lage ist sehr angespannt“, sagt zum Beispiel Reinhold Spaniel. Am Vormittag noch war der Duisburger Sozialdezernent in zwei Turnhallen. 60 alleinstehende Männer hat die Stadt in doppelstöckigen Betten jeweils dort unterbringen können. Natürlich seien die Quartiere „nicht optimal“, sagt Spaniel, „aber die Alternative ist die Obdachlosigkeit“.

Was ihn besonders ärgert: Viele der Asylbewerber kommen aus dem Kosovo, Serbien oder Albanien. Ihre Anträge werden regelmäßig abgelehnt. Zu mehr als 99 Prozent. Das wissen die Betroffenen auch. Sie kommen dennoch, wegen der medizinischen Versorgung, wegen der kostenlosen Verpflegung oder des „Taschengeldes“.

Die Kopfprämie, die an Asylbewerber ausgezahlt wird, liegt derzeit bei monatlich 143 Euro für Erwachsene und - je nach Alter - bei 84 bis 92 Euro pro Kind. Die Armutsflüchtlinge sind sich bewusst, dass die Behörden Monate brauchen, um ihre Anträge zu prüfen. Fast 300.000 unentschiedene Asylanträge stapeln sich derzeit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Fast ein halbes Jahr dauert es im Schnitt, bis ein endgültiger Bescheid ergeht. Genug Zeit, um in Deutschland zu überwintern.

Manche tun das sogar regelmäßig. Als „Folgeantragsteller“ tauchen sie in der Statistik auf. Mehr als jeder dritte Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina hat bereits ein gescheitertes Antragsverfahren hinter sich. „Die Menschen kommen verstärkt im Spätsommer, weil sie sich dann ausrechnen können, dass sie bis März, April bleiben können“, heißt es aus dem NRW-Innenministerium.

Im Video: So rechtfertigt Österreich, dass es keine Flüchtlinge mehr aufnehmen will

Alle Plätze sind restlos belegt

Die Stadt Essen meldet, dass 68,3 Prozent der Asylbewerber in den dortigen Einrichtungen vom Balkan stammen. Derzeit sind alle Plätze restlos belegt. 1700 sind es in etwa. Bis zum Jahresende werden allerdings noch 762 zusätzliche Unterbringungen erwartet. Jetzt muss Platz geschaffen werden, wo keiner ist.

Die Kosten explodieren. Statt wie Anfang des Jahres geplant 680 Euro pro Kopf für Unterbringung, Versorgung und Sicherheit, bilanziert die Ruhrmetropole mittlerweile 794 Euro Kosten je Flüchtling. Wegen Platzmangels musste ein Hotel in der Innenstadt angemietet werden. Insgesamt belastet der Flüchtlingsstrom die Kommune mit mindestens 35,2 Millionen Euro. Vor fünf Jahren waren es noch vergleichsweise geringe 11,5 Millionen. Wahrscheinlich müsse man die Prognose im Sommer anheben, teilt die Stadt auf Anfrage mit.

Das Land erstattet lediglich rund 22 Prozent der Kosten

Die Gemeinden schnappen sich neuerdings jedes nur denkbare Gebäude, das – wenn auch nur für kurze Zeit – leer steht. In den Schulferien werden – wie in Bielefeld oder Essen – Turnhallen zweckentfremdet. Auch Sportplätze, ehemalige Bau- oder Supermärkte, Boote und Hotels mit freien Zimmern dienen der Flüchtlings-Unterbringung. Selbst über Kirmeszelte wird neuerdings nachgedacht.

Am Erfindungsreichtum mangelt es also nicht, wohl aber vielleicht schon bald an der Motivation, immer weiterzusuchen. Denn das Land erstattet lediglich rund 22 Prozent der Kosten, die für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in den Gemeinden anfallen.

Dieser Punkt ist es auch, der die CDU am meisten ärgert. Mit einem neuen Maßnahmenkatalog wollen die Christdemokraten die rot-grüne Landesregierung zu mehr Engagement zwingen. Die Oppositionspartei fordert einen „Krisenstab auf Landesebene“, deutlich mehr Plätze in den Landesaufnahme-Einrichtungen, eine volle

Kostenerstattung kommunaler Flüchtlingskosten sowie eine Verdoppelung des so genannten „Krankenhauskostenfonds“ auf sechs Millionen Euro jährlich, damit die Gemeinden mehr Unterstützung bei der medizinischen Versorgung bekommen. „Auch sollten wir auf pensionierte Landesbeamte zurückgreifen, die auf freiwilliger Basis Hilfe in den Unterkünften leisten“, postuliert CDU-Fraktionsvize Kuper.

"Der Bund muss jetzt die Ärmel hochkrempeln"

NRW-Innenminister Jäger (SPD) weist den Vorwurf zurück, dass sich sein Haus nicht genug um die belasteten Kommunen kümmere. Das Ministerium stehe mit „den Kommunalen Spitzenverbänden in einem konstruktiven Dialog, um die tatsächlichen Kosten der Gemeinden zu ermitteln und schnell helfen zu können“, sagt Jäger.

Ohne mehr Geld aus der Bundeshauptstadt werde das allerdings nicht gehen. „Denn die bisherigen Zusagen aus Berlin beruhen auf überholten Prognosen“, kritisiert er. Auch die Bearbeitung der Asylanträge müsse deutlich schneller vonstatten gehen. „Der Bund muss jetzt die Ärmel hochkrempeln. Die Verfahren dauern rund ein halbes Jahr.“ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge brauche schnellstmöglich mehr Mitarbeiter.

Fakt ist: Rund 30 Prozent der Menschen, die nach Deutschland kommen, landen nach Nordrhein-Westfalen. „NRW nimmt derzeit mehr Menschen auf als Frankreich“, rechnet Jäger vor. Mitte August will er sich mit den Bürgermeistern der Städte mit Notunterkünften treffen, um das weitere Vorgehen des Ziel-Bundeslandes Nummer eins zu besprechen.

Lesen Sie auch die Titelgeschichte über die bundesweiten Flüchtlings-Probleme im aktuellen FOCUS

© FOCUS Online 1996-2015

Drucken

Fotocredits:

dpa/Armin Weigel

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.